

Demokratie gestalten

**Politik und Wirtschaft für Berufsschulen
und Berufsfachschulen in Hessen**

Buchholz Kleyböcker Maurer Rieck Roder Steen

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsseldorfer Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 67548



Autoren:

Conrad Buchholz
Achim Kleyböcker
Dr. Rainer Maurer
Dr. Anja Rieck
Björn Roder
Heinz Steen

Arbeitskreisleitung:

Heinz Steen

Verlagslektorat:

Dr. Rainer Maurer

Coverfoto

Das Foto auf dem Einband zeigt die Eingangshalle des Behrensbaus, das technische Verwaltungsgebäude der ehemaligen Hoechst AG in Frankfurt am Main. Das Gebäude war in stilisierter Form lange Zeit das Firmenlogo des Konzerns. Dieses Beispiel expressionistischer Baukunst wurde 1924 fertiggestellt und ist heute eine Sehenswürdigkeit auf der Route der Industriekultur Rhein-Main.

1. Auflage 2014

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-6754-8

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2014 by Verlag EUROPA-LEHRMITTEL, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
<http://www.europa-lehrmittel.de>

Umschlaggestaltung und Satz: Satz+Layout Werkstatt Kluth GmbH, 50374 Erftstadt

Umschlagfoto: © Nikolaus Heiss, 64293 Darmstadt

Druck: M.P. Media-Print Informationstechnologie GmbH, 33100 Paderborn

Das Lehr- und Arbeitsbuch **„Demokratie gestalten“** ist ein modernes, handlungsorientiertes Lehrwerk für den Politik- und Wirtschaftskunde-Unterricht an hessischen Berufsschulen. Es ist bestimmt für:

- **Technisch-gewerbliche und sozialpflegerische Ausbildungsberufe**
- **Kaufmännische Ausbildungsberufe**
- **Berufsfachschulen, da die wichtigsten Lehrplaninhalte dieser Schulform abgedeckt sind**

Diesem Buch liegt die KMK-Rahmenvereinbarung über die Berufsschule zu Grunde (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.05.2008). Die Kriterien des DQR (Deutscher Qualifikationsrahmen) und des EQF (Europäischer Qualifikationsrahmen) sind ebenso berücksichtigt worden.

„Demokratie gestalten“ vermittelt den Schülerinnen und Schülern ein solides Grundwissen, das unter **Berücksichtigung der neuesten didaktischen und methodischen Erkenntnisse** präsentiert wird. Auf **aktuelles Material** wurde großer Wert gelegt. Zur Verdeutlichung exemplarischer Entwicklungen wurden nur dann ältere Daten/Statistiken berücksichtigt, wenn kein verwertbares aktuelles Material vorlag.

Damit ermöglicht das Buch eine fundierte, problemorientierte **Auseinandersetzung mit politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen**. So entwickelt sich eine gesellschaftliche **Handlungskompetenz**, die Schülerinnen und Schüler anregen soll, Demokratie zu gestalten.

Die ausführliche, erläuternde Marginalspalte unterstützt bei der Erarbeitung des Stoffes und hält zudem ergänzende Informationen und Materialien für eine vertiefte Bearbeitung der Themen bereit. Damit gewährleistet und fördert das Buch die **Entwicklung des selbstorganisierten Lernens**.

Hinweise für die Arbeit mit diesem Buch

Folgende Textelemente erleichtern das Arbeiten und Lernen mit dem Buch:



Hier befinden sich „Fragen und Arbeitsaufgaben“. Die angesprochenen Sachthemen und Fragestellungen sollen vertieft durchdacht werden.



HOT-Bereiche sollen in besonderer Weise zu einem handlungsorientierten Unterricht beitragen.

Zusammenfassung

In „Zusammenfassung“ stehen – knapp und präzise – die wichtigsten Inhalte des jeweiligen Kapitels. Diese Inhalte sollten gründlich gelernt werden.

Wissens-Check

Der „Wissens-Check“ ermöglicht sowohl das selbstständige Einüben und Wiederholen des Stoffes als auch den Einsatz im Klassenverband. Wer diese Fragen beantworten kann, hat sich ein solides Wissen erarbeitet.

Links

Dort ist eine Auswahl von Websites mit weitergehenden Informationen aufgelistet.

Wenn nicht alle Inhalte im Unterricht durchgenommen werden können, bietet dieses Buch dem interessierten Leser die Möglichkeit zur umfassenden Eigeninformation.

Die Verwendung nur eines grammatischen Geschlechts dient ausschließlich der Optimierung des Leseflusses. Sie stellt keine geschlechtsspezifische Wertung dar.

Die Autoren und der Verlag wünschen sich, dass die Arbeit mit dem Buch Freude macht. Wenn das der Fall ist, ist es ein guter Beitrag zum aktiven „Demokratie gestalten“.

Ihr Feedback ist uns wichtig

Wenn Sie mithelfen möchten, dieses Buch für die kommenden Auflagen zu verbessern, schreiben Sie uns unter lektorat@europa-lehrmittel.de.

Ihre Hinweise und Verbesserungsvorschläge nehmen wir gerne auf.

Haan-Gruiten, Sommer 2014

Autoren und Verlag



LF 1: Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie

1	Weimarer Republik und Drittes Reich	10
2	Ende Zweiter Weltkrieg bis Wiedervereinigung	13
2.1	Das Potsdamer Abkommen	13
2.2	Die Einführung zweier Währungen	14
2.3	Die Gründung beider deutscher Staaten	14
2.4	Die Entwicklung beider deutscher Staaten	15
2.5	Der Mauerbau in Berlin	16
2.6	Die Ostpolitik	16
2.7	Der Zusammenbruch der DDR und der Mauerfall	17
2.8	Die Wiedervereinigung	18
3	Das Bundesland Hessen	20
3.1	Entstehung	22
3.2	Die Landesverfassung	25
3.3	Der Landtag	26
3.4	Die Landesregierung	27
3.5	Kommunale Selbstverwaltung	28
4	Staatsordnung und Staatsziele	32
4.1	Das Grundgesetz	32
4.2	Strukturprinzipien des Grundgesetzes	37
4.3	Die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland	40
4.4	Oberste Bundesorgane	42
4.5	Die Entstehung eines Gesetzes	50
5	Repräsentation und Wahl	57
5.1	Wahlgrundsätze und Wahlsysteme	57
5.2	Die Bundestagswahl	59
5.3	Die Landtagswahl in Hessen	63
5.4	Kommunalwahlen in Hessen	65
6	Probleme und Gefahren für die Demokratie	69
6.1	Politikverdrossenheit – Gründe	69
6.2	Politikverdrossenheit – Folgen	70
6.3	Extremismus	71
6.4	Rechtsextremismus	71
6.5	Linksextremismus	74
6.6	Religiös motivierter Extremismus	78
7	Medien: Die vierte Gewalt im Staat	82
7.1	Massenmedien	82
7.2	Das Grundrecht der Pressefreiheit	84
7.3	Medienkonzentration	85

LF 2: Mensch und Wirtschaft

1	Berufsausbildung	90
1.1	Duales System	90
1.2	Rechte und Pflichten eines Auszubildenden	95
	HOT 1 – Partnerinterview	95
2	Schutz während der Ausbildung	102
2.1	Jugendarbeitsschutzgesetz	103
2.2	Kündigungsschutzgesetz	106
2.3	Arbeitsgericht	109
2.4	Mitbestimmen im Betrieb	110
2.5	Tarifverträge	114
3	Erwerbsarbeit	121
3.1	Betriebliche Ziele	121
3.2	Zielbeziehungen	124
4	Rechtsformen der Unternehmen	125
4.1	Einzelunternehmen	126
4.2	Offene Handelsgesellschaft	127
4.3	Kommanditgesellschaft	127
4.4	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	129
4.5	Aktiengesellschaft	130
4.6	Europäische Gesellschaft	130
5	Zukunft von Arbeit und Beruf	133
5.1	Lebenslanges Lernen	133
5.2	Berufs- und Arbeitsplatzwechsel	135
6	Der Verbraucher in der Demokratie	137
6.1	Bedürfnisse, Bedarf, Werbung	137
6.2	Der Verbraucher als Vertragspartner	141
6.3	Zahlungsverkehr	146
6.4	Verbraucher und Schulden	148
6.5	Verbraucherschutz	150
	HOT 2 – Computerpräsentation	152
7	Wirtschaftsformen	153
7.1	Marktwirtschaft	154
7.2	Soziale Marktwirtschaft	154
8	Wirtschaftspolitik	156
8.1	Magisches Viereck	157
8.2	Wirkungsweise des magischen Vierecks	159
8.3	Konjunkturpolitik	160
8.4	Geldwert	163
8.5	Der Euro	165



LF 3: Europa und Globalisierung

1 Die Europäische Union	170
HOT 3 – Ländersteckbrief erstellen	171
2 Institutionen der EU	172
2.1 Der Europäische Rat	173
2.2 Der Ministerrat	173
2.3 Die Kommission	174
2.4 Das Europäische Parlament	175
2.5 Die Europäische Zentralbank	177
2.6 Der Europäische Gerichtshof	178
2.7 Der Europäische Rechnungshof	179
3 Erwartungen und Ängste	179
3.1 Übertragung nationaler Souveränitätsrechte	180
3.2 Probleme und Folgen der EU-Erweiterung	180
4 Globalisierung und Unterentwicklung	183
4.1 Dimensionen der Globalisierung	183
4.2 Chancen und Risiken der Globalisierung	185
5 Unterentwicklung: Herausforderung für die Weltpolitik	187
5.1 Wachstum der Weltbevölkerung	187
5.2 Ursachen und Kennzeichen der Unterentwicklung	189
5.3 Unterentwicklung: Folge und Lösungsmöglichkeiten	190
5.4 Deutsche Entwicklungspolitik im Wandel	192



LF 4: Ökologie und Umwelt

1 Gefährdete Umwelt	198
1.1 Klimawandel durch Treibhauseffekt	198
1.2 Umweltprobleme	200
2 Ökonomie-Ökologie-Konflikt	209
2.1 Emissionshandel	209

2.2 Umwelt als Wirtschaftsfaktor	211
3 Prinzip der Nachhaltigkeit	212
4 Politische und persönliche Lösungsansätze	216
4.1 Globale Umweltschutzmaßnahmen	216
4.2 Nationale Umweltschutzmaßnahmen	220
4.3 Individuelle Handlungsmöglichkeiten	225
4.4 Die Ökobilanz	229



LF 5: Chancen und Risiken neuer Technologien

1 Schöne neue Medienwelt	234
1.1 Das Internet als Informationsmedium	234
1.2 Mediennutzung	236
1.3 Medien und Sucht	237
1.4 Medien und Gewalt	239
1.5 Medien und Macht	240
1.6 Neue Technologien und Arbeitswelt	243
HOT 4 – Freizeit-Diagramm erstellen	245
2 Medizintechnik und Kinderwunsch	246
2.1 Reproduktionsmedizin	246
2.2 Vorgeburtliche Diagnostik	248
2.3 Schwangerschaftsabbrüche	250
3 Stammzellenforschung	251
3.1 Verschiedene Stammzelltypen	251
3.2 Gesetzliche Regelungen	253
4 Klonen	255
4.1 Therapeutisches Klonen	256
4.2 Reproduktives Klonen	256



LF 6: Sozialstaat und individuelle Absicherung

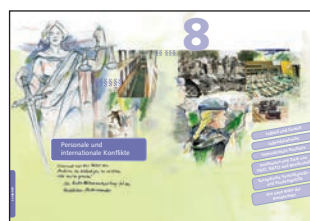
1 Prinzipien sozialer Sicherung	260
1.1 Solidaritätsprinzip	260

1.2	Äquivalenzprinzip	260	2	Persönlichkeitsentwicklung durch soziale Interaktion	295
1.3	Subsidiaritätsprinzip	260	2.1	Primärgruppen	296
2	Die gesetzliche Sozialversicherung	260	2.2	Sekundärgruppen	297
2.1	Geschichtliche Entwicklung	261	3	Rollen und Rollenerwartungen	298
2.2	Krankenversicherung	263	3.1	Rollenvielfalt	399
2.3	Rentenversicherung	265	3.2	Rollenerwartungen	300
2.4	Arbeitsförderung	267	3.3	Rollenkonflikte	300
2.5	Unfallversicherung	268	3.4	Möglichkeiten und Modelle der Konfliktlösung	302
2.6	Pflegeversicherung	270	4	Integration	305
3	Sozialstaat: Probleme und Lösungen	271	5	Inklusion	309
3.1	Generationenvertrag	272			
3.2	Demografische Entwicklung in Deutschland	272			
3.3	Lösungsansätze in einer sich wandelnden Gesellschaft	274			
	HOT 5 – Rollenspiel Generationenkonflikt	276			
4	Transferleistungen des Staates	278			
4.1	Kindergeld	278			
4.2	Elterngeld	278			
4.3	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	279			
4.4	Wohngeld	279			
4.5	Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe	279			
4.6	Grundsicherung	281			
5	Private Vorsorge	281			
5.1	Altersvorsorge	282			
5.2	Berufsunfähigkeitsversicherung	285			
5.3	Absicherung im Schadensfall	286			
6	Bürgerschaftliches Engagement	287			
6.1	Selbsthilfegruppen	287			
6.2	Ehrenamt	288			



LF 7: Familie, soziale Beziehungen und Integration

1	Die Familie: Keimzelle der Persönlichkeitsentwicklung	292
1.1	Aufgaben der Familie	292
1.2	Staatliche Maßnahmen zur Familienförderung	293
	HOT 6 – Eine Collage erstellen	294



LF 8: Personale und internationale Konflikte

1	Personale Konflikte: Jugendgewalt	316
1.1	Der Gewaltbegriff	316
1.2	Ursachen	317
1.3	Gewalt an Schulen	321
2	Jugendstrafrecht	326
2.1	Regelungen des Jugendstrafrechts	327
2.2	Das Jugendstrafverfahren	328
2.3	Folgen der Jugendstraftat	328
3	Ursache internationaler Konflikte	331
3.1	Der Kampf ums Öl	331
3.2	Der Kampf ums Wasser	332
3.3	Zerfallende Staaten	333
4	Funktionen und Ziele von UNO, NATO und OSZE	334
4.1	Die UNO	334
4.2	Die NATO	339
4.3	Europäische Verteidigungs- und Friedenspolitik	341
5	Die neue Rolle der Bundeswehr	343
5.1	Entstehung der Bundeswehr	343
5.2	Staatsbürger in Uniform	344
5.3	Aufgaben der Bundeswehr	345
5.4	Auslandseinsätze der Bundeswehr	346
	Karten	348
	Sachwortverzeichnis	352



Die Würde des Menschen ist unantastbar.



Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie



1



Lernfeld 1

Historische Entwicklung
von Weimar bis zur
Wiedervereinigung

Staatsziele, Staatsordnung,
Repräsentation und Wahl

Der politische
Entscheidungsprozess

Das Bundesland Hessen

Sie haben 2 Stimmen

Abstimmung		Stimmzettel	
Partei	Stimme	Partei	Stimme
CDU	☐	SPD	☐
Grüne	☐	FDP	☐
Linke	☐	BSÜP	☐
ÖDP	☐	Die Linke	☐
... (and others)	...	...	...

Deckmann, 20
Fachlehrer
König
Bismarck, 27

LF 1 Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie

1 Weimarer Republik und Drittes Reich

Deutschlands Weg zur Demokratie war lang und steinig, er führte durch Monarchie und Diktatur. Es dauerte über 100 Jahre, bis aus den ersten demokratischen Ideen im 19. Jahrhundert eine stabile demokratische Grundordnung entstand.



© BArch, Bild 102-00015; Foto Georg Pahl

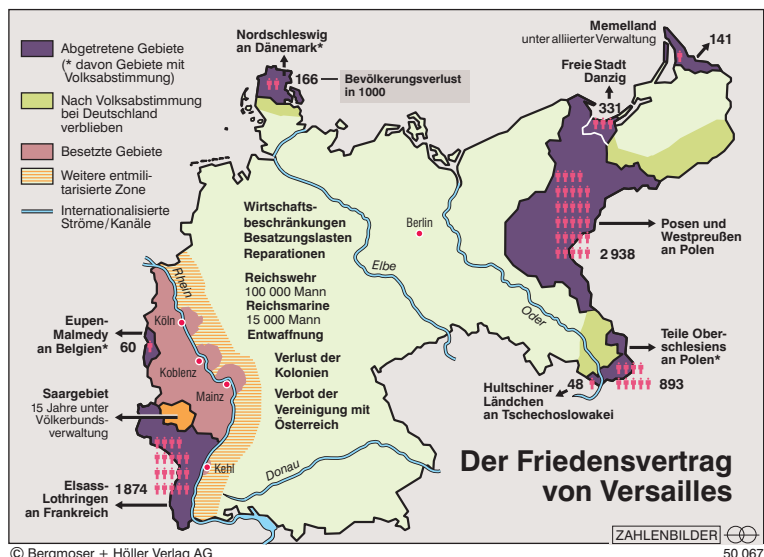
Reichspräsident Friedrich Ebert

11. November 1918: Mit der Kapitulation des Deutschen Kaiserreichs war die Niederlage im Ersten Weltkrieg besiegelt. Sie markiert das Ende der Monarchie in Deutschland.

In der anschließenden Novemberrevolution setzte sich die SPD durch. Mit Friedrich Ebert an der Spitze verwirklichte sie ihre Vorstellung einer demokratischen Republik.

19. Januar 1919: Bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung errangen die demokratischen Parteien der Mitte eine Mehrheit. Diese sogenannte Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP arbeitete in der thüringischen Stadt die Verfassung der neuen Republik aus.

1919 bis 1932: In den Jahren der Weimarer Republik wurde deutlich, dass hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Probleme Hauptfaktoren für das Entstehen radikaler politischer Parteien sind. Der Lauf der Geschichte zeigt, dass Demokratie ein politisches System ist, das nicht automatisch funktioniert.



Die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik waren vielfältig:

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 in Verbindung mit der **„Dolchstoßlegende“** belastete die junge Republik. In den Augen vieler Menschen trugen die demokratischen Parteien und Politiker die Verantwortung für die Niederlage und die Kriegsfolgen.

Friedrich Ebert musste mit den alten kaiserlichen Kräften kooperieren, um seine Ziele zu erreichen. Dadurch blieben in vielen wichtigen öffentlichen und staatlichen Institutionen demokratiefeindliche, monarchische Verantwortungsträger im Amt und bekämpften die Demokratie von innen.

Die Schwächen der Weimarer Verfassung ermöglichten dem Reichspräsidenten diktatorische Vollmachten (Präsidialkabinette) und führten zu politisch höchst instabilen Verhältnissen.

1929 stürzte die Weltwirtschaftskrise den Großteil der Bürger in eine Existenzkrise. Hinzu kamen die hohen Reparationskosten. Die radikalen Parteien profitierten von dieser Situation.

Am Ende war die Weimarer Republik eine Republik ohne Republikaner. Die Demokratie wurde für alle Schwierigkeiten und Probleme verantwortlich gemacht. Viele Menschen riefen nach einem „starken Mann“.

30. Januar 1933: Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt. Die führenden wirtschaftlichen und politischen Kreise waren der Meinung, dass sie Hitler als Marionette für ihre Zwecke nutzen könnten.

Dolchstoßlegende:

Dies ist die Behauptung der obersten Heeresführer Hindenburg und Ludendorff, dass die Novemberrevolution und demokratische Kräfte die Niederlage im Ersten Weltkrieg verschuldet hätten.



Wahlplakat der NSDAP zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932

© BArch, Plak 002-016-047, Mjönir/H. Schweitzer



© ullstein bild – Heinrich Hoffmann

Attentat eines Juden auf einen deutschen Botschaftsangehörigen in Paris.

1939 bis 1945: Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am **1. September 1939** begann der Zweite Weltkrieg. In diesem bisher größten militärischen Konflikt kämpften sämtliche Großmächte des 20. Jahrhunderts und ungefähr 70 Millionen Menschen verloren ihr Leben. Er endete am **8. Mai 1945** mit der Kapitulation Hitler-Deutschlands.



1. Was beinhaltete der Friedensvertrag von Versailles?
2. Wie war die Haltung der Nationalsozialisten zur Demokratie?



Gedenktafel für die Frankfurter Hauptsynagoge

© Dr. Anja Rieck

Lernfeld 1

2 Ende Zweiter Weltkrieg bis Wiedervereinigung

Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg und die Schreckensherrschaft der nationalsozialistischen Diktatur. Adolf Hitler hatte sich bereits im April der Verantwortung durch Selbstmord entzogen. Deutschland wurde von den Siegermächten USA, Sowjetunion (UdSSR), Großbritannien und Frankreich besetzt und von den jeweiligen Militärregierungen verwaltet.

2.1 Das Potsdamer Abkommen

Im Juli und August 1945 trafen sich die Siegermächte (mit Ausnahme Frankreichs), um über das weitere Schicksal Deutschlands zu beraten.



Die Regierungschefs der Siegermächte Großbritannien (Churchill), USA (Truman) und Sowjetunion (Stalin) auf der Potsdamer Konferenz

© ullstein bild



Kriegszerstörungen in Berlin

© dpa



Die Besatzungszonen

© Dave Vaughan

Die nachfolgenden Ergebnisse des Potsdamer Abkommens waren richtungsweisend für Deutschland. Deutschland wurde keine Regierung zugestanden; der „Alliierte Kontrollrat“, gebildet aus den Militärbefehlshabern der vier Siegermächte, verwaltete Deutschland. Sämtliche Gebiete, die östlich der Oder-Neiße-Linie lagen, wurden unter polnische Verwaltung gestellt. Eine Folge war die Vertreibung der in den Ostgebieten lebenden Deutschen. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

Die Zonen wurden von den jeweiligen Besatzungsmächten kontrolliert. Eine besondere Stellung nahm Berlin ein. Die ehemalige Reichshauptstadt wurde ebenfalls in vier Zonen aufgeteilt. Durch die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und den unterschiedlichen Interessen der Siegermächte war die Spaltung Deutschlands eingeleitet.

Die neuen Währungen:
D-Mark (oben) und
Ostmark (unten)

2.2 Die Einführung zweier Währungen

Durch den Marshall-Plan wurde der Westen (und Westberlin) in das Wiederaufbauprogramm für die zerstörten Länder Europas aufgenommen. So konnte sich die Wirtschaft schneller entwickeln. Die völlig wertlos gewordene Reichsmark wurde durch die Währungsreform in den Westzonen im Juni 1948 durch die Deutsche Mark (DM) abgelöst. Nur fünf Tage später gab die Militärverwaltung der Sowjetunion ebenfalls die Einführung einer Währung (ebenfalls: Deutsche Mark) für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) bekannt. So gab es zwei Währungen gleichen Namens, die im Volksmund Westmark und Ostmark genannt wurden. Damit wurde auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Teilung Deutschlands weiter vertieft.

Als Reaktion auf die Währungsreform hat die Sowjetunion vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 eine Blockade Westberlins begonnen. Alle Wasser- und Landverbindungen wurden unterbrochen. Mit dieser Aktion wollte die Sowjetunion ihren Anspruch auf das gesamte Berlin untermauern. Die West-Alliierten standen vor der Frage, Berlin aufzugeben oder die Stadt weiter zu halten. Eine Versorgung war nur durch die Luft möglich. So kam es am 26. Juni 1948 zur Einrichtung einer Luftbrücke. Amerikanische und britische Flugzeuge versorgten Berlin mit den nötigsten Gütern. Da sich kein Erfolg einstellte, gab die Sowjetunion ihren Plan wieder auf.



© Henry Ries DHM, Berlin © NYT

Britisches Versorgungsflugzeug im
Anflug auf Berlin

Informieren Sie sich im Internet, wie die Bürger Westberlins auf die Blockade reagiert haben.

2.3 Die Gründung beider deutscher Staaten

Kalter Krieg:

Bezeichnung für den Konflikt zwischen den USA, der UdSSR und ihren Einflussbereichen ohne Austragung eines offenen Krieges

Die zunehmende Feindschaft zwischen den Großmächten USA und UdSSR hatte negative Auswirkungen auf Deutschland. Der **Kalte Krieg** begann und beide Seiten wollten ihren Einfluss auf

Mitteleuropa durch die Bindung der jeweiligen Besatzungszonen an ihren Herrschaftsbereich festigen.

Die drei Westmächte und die Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg (Benelux) forderten, einen westdeutschen Staat zu gründen, um eine Pufferzone zum Einflussbereich der **UdSSR** zu installieren. Es wurde der Parlamentarische Rat eingesetzt, der eine Verfassung erarbeiten sollte. Ihm gehörten insgesamt 65 Mitglieder an. Den Vorsitz hatte Konrad Adenauer, der später zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden sollte. Am 23. Mai 1949 verkündete der Parlamentarische Rat die Verfassung für die Westzonen, das Grundgesetz. Es war die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland.

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet. Ein 1948 gewählter Deutscher Volksrat, bestehend aus 400 Mitgliedern, setzte am 7. Oktober 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Die Trennung Deutschlands war besiegelt.

UdSSR:

Sowjetunion



Vergleichen Sie die Karte des besetzten Deutschlands mit den heutigen Grenzen der Bundesländer. Was fällt Ihnen auf?

2.4 Die Entwicklung beider deutscher Staaten

Nach Verkündung des Grundgesetzes war der Weg frei für den Aufbau eines demokratischen Staates mit Bindung an den Westen. Ludwig Erhard, damaliger Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, gilt als „Vater des Wirtschaftswunders“. Zu seiner Amtszeit nahm die Wirtschaft einen enormen Aufschwung und die „soziale Marktwirtschaft“ wurde als Wirtschaftssystem eingeführt. Am rasanten Wirtschaftsaufschwung war maßgeblich auch die USA mit den umfangreichen Lieferungen von Rohstoffen, Lebensmitteln, Maschinen und anderen Gütern beteiligt.

Der „Deutschlandvertrag“ vom Mai 1955 beendete die Besatzung, die Bundesrepublik wurde größtenteils eigenständig. Allerdings übten die Siegermächte durch Truppenstationierungen in der gesamten Bundesrepublik weiterhin die Kontrolle aus. Im gleichen Jahr setzte Konrad Adenauer, nach der Wiederbewaffnung und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, auch den Beitritt zur NATO durch.

Der Westbindung der Bundesrepublik entsprach in der neu gegründeten DDR ein klares Bekenntnis zur UdSSR. Ein sozialistischer Staat, der sich stark an die Politik Stalins anlehnte, entwickelte sich. Die DDR begründete in einem kommunistischen System einen zentralen Einheitsstaat. Dabei behauptete die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) ihren alleinigen Führungsanspruch, eine echte Opposition war somit ausgeschlossen.

Erster Staatsratsvorsitzender (Staatsoberhaupt der DDR) wurde 1960 Walter Ulbricht. Unter seiner Führung gingen die nach Kriegsende enteigneten Güter und Ländereien in Volkseigene Be-



„Vater des Wirtschaftswunders“:
Ludwig Erhard

© Deutsches Historisches Museum, Berlin

Arbeitsnormen:

Zentral gestellte Leistungsziele für die Arbeiter in der DDR

triebe (VEB) und Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) über. Damit waren alle Produktionsmittel zu Staatseigentum geworden. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde jetzt zentral geleitet und geplant (Planwirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft).

Bereits im Jahre 1953 war es in der DDR zu einem Aufstand gekommen. Auslöser waren die durch die SED-Führung extrem heraufgesetzten **Arbeitsnormen**. Zehntausende Arbeiter demonstrierten in Ostberlin und forderten den Rücktritt der SED-Regierung sowie „freie Wahlen“. Sowjetische Panzerverbände schlugen den Aufstand blutig nieder.

2.5 Der Mauerbau in Berlin

Die Abgrenzung der DDR vom Westen, die schlechte wirtschaftliche Lage und die Unzufriedenheit mit der SED-Führung führten zu einer Fluchtwelle von Ost nach West. Fast vier Millionen Menschen flüchteten in die Bundesrepublik. Dies führte zu einem empfindlichen Verlust an Arbeits- und Fachkräften und schwächte die DDR-Wirtschaft nachhaltig. Das Regime sah sich gezwungen zu handeln.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 wurden die Grenzen zwischen Ost- und Westberlin vollständig abgeriegelt. Bis zum Fall der Mauer 1989 hat dieses Bauwerk zahlreichen Menschen das Leben gekostet. Alle Todesopfer waren bei dem Versuch gescheitert, die Grenze zu überwinden, um in den Westen zu gelangen. Sie starben durch Minen und Selbstschussanlagen, die die DDR installiert hatte und durch den befohlenen Schusswaffengebrauch der DDR-Grenzsoldaten.



© BArch, B1 45; – Bild P061246

Berliner Mauer am Brandenburger Tor

2.6 Die Ostpolitik

Nach schwierigen politischen Jahren, in denen keine Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich war, setzte Willy Brandt als damaliger Bundeskanzler die 1966 begonnene Ostpolitik mit großer Intensität fort. Die Ostverträge wurden im Jahre 1970 unterzeichnet.



© dpa

Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmal des ehemaligen Warschauer Ghettos am 7. Dezember 1970

Es wurden u.a. folgende Ziele formuliert:

- ▶ Verzicht auf Gewalt und Gewaltandrohung
- ▶ Verbesserung der Beziehungen mit Polen und der Sowjetunion
- ▶ Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (Grenze zu Polen)
- ▶ Anerkennung der Grenzen Europas

Innerhalb der Bundesrepublik war die Ostpolitik Brandts (Anerkennung der Ergebnisse des Potsdamer Abkommens) sehr umstritten und wurde hart kritisiert. Gleichwohl erhielt er für seine Verdienste um die Aussöhnung mit Polen und der Sowjetunion 1971 den Friedensnobelpreis.

Für die Annäherung an die DDR waren die Ostverträge trotz aller Widerstände sehr hilfreich. In einem besseren Gesprächsklima konnte 1973 der „Grundlagenvertrag“ in Kraft treten. Wichtige Eckpunkte dieses Vertrages verbesserten die deutsch-deutschen Beziehungen:

- ▶ Aufnahme gutnachbarlicher Beziehungen auf gleichberechtigter Basis
- ▶ Beilegung von Streitigkeiten ohne Gewalt
- ▶ Anerkennung der derzeitigen Landesgrenzen
- ▶ Unterstützung der Abrüstungsbemühungen
- ▶ Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Einrichtung von „ständigen Vertretungen“
- ▶ Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das eigene Staatsgebiet

Der Grundlagenvertrag stieß in der Bundesrepublik auf geteilte Meinungen. So warf die CDU/CSU-Opposition dem Kanzler vor, er erkenne einen Unrechtsstaat an und hätte die Zustimmung zum Vertrag von der Aufhebung des Schießbefehls und vom Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze abhängig machen müssen.

Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet von Bemühungen der Bundesrepublik, weitere Erleichterungen für die Menschen und für den Güterverkehr auf beiden Seiten der Mauer zu erreichen. Die DDR-Regierung unter Führung von Erich Honecker, der 1971 zum neuen Staatsratsvorsitzenden gewählt worden war, hatte das Ziel der internationalen Anerkennung erreicht und betrieb gegenüber der Bundesrepublik weiter eine Politik der Abgrenzung. Zunehmend wurden Stimmen lauter, die eine Öffnung zum Westen forderten. Massive Unterdrückungen, Bedrohungen, Einschüchterungen und Ausweisungen regimekritischer DDR-Bürger waren die Antwort der Staatsführung.



Erich Honecker

© BArch, Bild 183-R0518-182, DEWAG

2.7 Der Zusammenbruch der DDR und der Mauerfall

1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der sowjetischen Einheitspartei KPdSU bestimmt. Er wagte einen Umbau der Gesellschaft. Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) waren die Schlagworte, die auch der Oppositionsbewegung in der DDR neuen Aufschwung verliehen. Am 7. Oktober 1989 feierte die DDR ihren 40. Jahrestag.



© Rita Novosti

Michail Gorbatschow

Einen Monat vorher hatte Ungarn die Grenze zu Österreich geöffnet, sodass der „Eiserne Vorhang“ durchlässig geworden war. Tausende DDR-Bürger flüchteten sich in die Botschaften der Bundesrepublik in Warschau und Prag oder kamen direkt über Ungarn und Österreich in den Westen. Nachdem bei Großdemonstrationen in der DDR die Führung nicht militärisch eingegriffen hatte, war die DDR-Regierung praktisch am Ende. Am 18. Oktober 1989 wurde Honecker von der SED entmachtet und die Regierung trat zurück. Am 9. November 1989 öffnete die DDR alle Grenzübergangspunkte zur Bundesrepublik Deutschland und die Berliner Mauer war gefallen. Hunderttausende Menschen nutzen die neu gewonnene Reisefreiheit zwischen den beiden deutschen Staaten.

2.8 Die Wiedervereinigung

Die erste demokratische Regierung wurde am 12. April 1990 in der DDR gewählt. Lothar de Maizière (CDU) war der erste frei gewählte Ministerpräsident. So konnte die Grundlage für die Wiedervereinigung geschaffen werden, die sich in vier große Phasen einteilen lässt:

Phase 1

Am 1. Juli 1990 trat der erste Staatsvertrag zur geplanten Wiedervereinigung zwischen beiden deutschen Staaten in Kraft. Ziel dieses Vertrages war die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit folgenden Punkten:

- ▶ Umstellung der Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft
- ▶ Umstellung der Währung auf die Deutsche Mark (West)
- ▶ Einführung der westdeutschen Arbeitsrechtsordnung (Tarifrecht, Betriebsverfassungsrecht usw.)
- ▶ Einführung der Sozialversicherungen nach West-Prinzip

Phase 2

Der zweite innerdeutsche Staatsvertrag (Einigungsvertrag) legt die Einzelheiten für die DDR fest, der Bundesrepublik beizutreten. Wichtige Bestimmungen:

- ▶ Beitritt der neuen Bundesländer Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zum Bundesgebiet
- ▶ Gemeinsame Hauptstadt ist Berlin
- ▶ Das Grundgesetz gilt auch für das Beitrittsgebiet

Die Volkskammer der DDR entschied, dass der Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 erfolgen sollte.

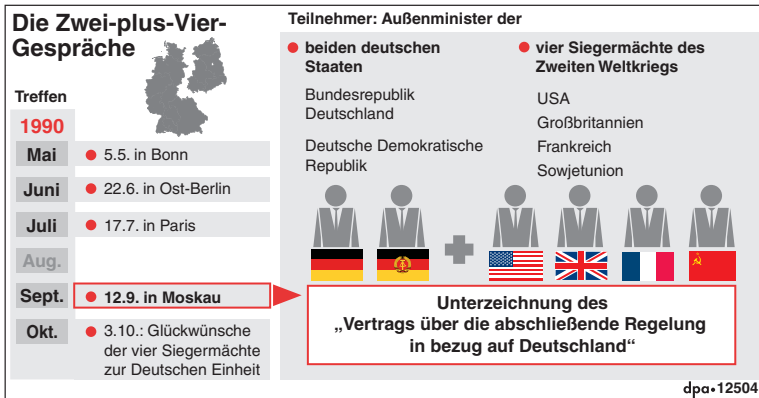
Phase 3

Auch wenn sich die beiden deutschen Staaten einig waren, so musste doch um die Zustimmung der ehemaligen Besatzungsmächte gerungen werden. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte nach unzähligen Verhandlungen eine Einigung erzielen können.



Die ersten DDR-Bürger kommen im Westen an.

© BArch, Bild 183-1989-1110-028, Foto H.-P. Lochmann



Die volle Souveränität war wieder hergestellt.

Phase 4

Am 3. Oktober 1990 wurde die staatliche Einheit Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Bundesgebiet vollendet. Seitdem ist der 3. Oktober der Nationalfeiertag der Deutschen.

Link

www.chronikderwende.de

Zusammenfassung

Am 8. Mai 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

Im Potsdamer Abkommen 1945 trafen drei Siegermächte Vereinbarungen über das besiegte und besetzte Deutschland.

Im Jahr 1949 wurden zwei deutsche Staaten gebildet: die BRD und die DDR.

Das Grundgesetz machte die Bundesrepublik zu einer parlamentarischen Republik.

Die Verfassung der DDR trat am 7. Oktober 1949 in Kraft.

Auf die Flucht- und Abwanderungsbewegung in den Westen reagierte die DDR-Regierung 1961 mit dem Mauerbau.

Die Politik Brandts und der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren deutliche Zeichen einer Neuorientierung in der Ostpolitik.

Mit Michail Gorbatschow wurden die Gesellschaft und die Wirtschaft der Sowjetunion grundlegend reformiert (Glasnost und Perestroika).

1. Juli 1990 Wirtschafts- und Währungsunion

12. September 1990 Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages

3. Oktober 1990 Beitritt der DDR zur BRD

Wissens-Check

Bewerten Sie folgende Aussagen:

1. Die Wiedervereinigung ist ein Glücksfall für Deutschland.
2. Die Wiedervereinigung ist ein langwieriger Prozess.

3 Das Bundesland Hessen



© Kristian – Fotolia.com

Das Kurhaus in Wiesbaden



© Speedfighter – Fotolia.com



© ankiro – Fotolia.com

Das Fridericianum in Kassel



© Dr. Anja Rieck

Frankfurt am Main



© mneumann_100 – Fotolia.com

Die Mathildenhöhe in Darmstadt